

Aussprache

Neurotische Modelltheoretiker

(Zu dem Beitrag von Heinz-J. Bontrup und Ralf-M. Marquardt in Heft 2/2003, S. 93-103, Forum Hartz-Kommission)

Bontrup und Marquardt behaupten, dass in den 1980er-Jahren ein Paradigmenwechsel in der ökonomischen Politikberatung stattgefunden habe und seither statt Keynesianismus ein vulgärer und neurotischer Neoliberalismus regiere, der von der rot-grünen Bundesregierung seit 1998 fortgesetzt werde. Der Begriff Paradigmenwechsel suggeriert, dass sich inkompetente und neurotische Modelltheoretiker im Verein mit eben solchen Politikern gegen das keynesianistische Wachstumsmodell verschworen haben, um es gegen ein wie immer geartetes Modell auszutauschen bzw. zu wechseln. Schon seit fast hundert Jahren wird die Sozialdemokratie des Verrats am Proletariat bezichtigt, weil sie die Arbeiter von der Revolution abgehalten haben. Das Paradoxe an diesen Bezichtigungen ist die Tatsache, dass die dogmatische Linke, Intellektuelle und Gewerkschafter in Deutschland und Westeuropa noch in den 1960er- und 1970er-Jahren die Allgemeine Theorie von Keynes, die sie heute als theoretisches Nonplusultra darstellen, als Bestandteil des sozialdemokratischen Verrats und als Instrument zur Integration des Proletariats in die kapitalistische Gesellschaft und den Staat als Reparaturbetrieb des Kapitalismus denunzierten und später den eigentlichen Paradigmenwechsel vollzogen, indem sie, ohne Rücksicht auf das Original, Keynes Allgemeine Theorie in die eigene Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus integrierten.

Die Sozialdemokratie ist nicht ganz unschuldig an derlei Bezichtigungen, da sie selbst Kontrollillusionen hegt und den Glauben an die Wirkungsmächtigkeit und Verbindlichkeit von modelltheoretischer Staatsintervention teilt. So

bemühen sich die Autoren zwar, das Versagen des „neoliberalen Paradigmas“ nachzuweisen, wobei gerade an dem von ihnen gewählten Beispiel der Hartz-Kommission deutlich wird, dass alle Ideen zur Marktöffnung eben auch durch staatliche Intervention entwickelt wurden und dem entsprechend mit ihr rechnen. Andererseits kann nicht nachgewiesen werden, ob die angeblich vorher geltende Modelltheorie von Keynes jemals mustergültig praktiziert worden ist. Es ist keine auf Wirtschaft und Politik bezogene, widerspruchsfreie Modelltheorie bekannt, welche zudem noch mit Unvorhersehbarkeiten und Zufällen in realen wirtschaftlichen und politischen Abläufen rechnen kann. In der Realität hat die US-Wirtschaft durch Staatsintervention unabhängig von Keynes im Zweiten Weltkrieg sowohl Vollbeschäftigung wie auch einen massiven Produktions- und Produktivitätsschub erhalten, die ihr auf Jahrzehnte hinaus eine Vormachtstellung in der Weltwirtschaft sicherten, was aber zugleich die Idee von Keynes einer unabhängigen Weltbank und eines Weltgeldes zum Scheitern verurteilte. Stattdessen hat der US-Dollar sukzessive die Rolle einer weltweit gültigen Währung übernommen. In den 1970er-Jahren, die von Marquardt und Bontrup fast als das goldene Zeitalter des Keynesianismus beschrieben werden, wurde das Bretton Woods-System durch flexible Wechselkurse abgelöst und gleichzeitig wurden das keynesianistische Wachstumsmodell und keynesianistisch inspirierter Staatsinterventionismus obsolet. Die Massenarbeitslosigkeit, deren Verfestigung auf die 1980er-Jahre nach dem Paradigmenwechsel datiert wird, war ebenso wie Marktvermachtung und Konzentra-

tion schon in den 1960er- und 1970er-Jahren zu beobachten. Möglicherweise ist dies den Autoren ebenso entgangen wie es die Minuswachstumsraten Ende der 1970er-, Anfang der 1980er-Jahre sind, weil sie wirtschaftliche Abläufe erst seit dem viel beschworenen Paradigmenwechsel beobachten.

Die Widersprüche der Theorie von Keynes resultieren aber nicht nur aus dem Fehlen einer supranationalen Währungsinstanz, sondern werden auch durch die völlig gegensätzlichen Empfehlungen verschiedener Keynes-Apologeten zur Handhabung des staatsinterventionistischen Instrumentariums ständig reproduziert. Die Gegensätze beginnen schon mit der Auslegung der Allgemeinen Theorie bzw. der Frage, ob diese eine prinzipielle Ungleichgewichtstheorie sei oder ob Keynes nicht doch ein Gleichgewicht des Marktes durch antizyklische Fiskalpolitik für prinzipiell möglich hielt. Es ist nicht bekannt, ob Keynes die jahrzehntelange Subventionierung, Abschottung und sonstige Unterstützung nicht wettbewerbsfähiger Industriezweige, wie sie von Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden gemeinsam eingefordert wurden und bis zum Äußersten verteidigt werden, als optimale Form staatlicher Intervention zur Herstellung des Gleichgewichtes betrachtet hätte. Das Ergebnis subventionierender und protektionierender Wirtschaftspolitik ist in den Fünf Neuen Bundesländern, aber auch in einzelnen Branchen und Industriezweigen der alten Bundesländer, bestens zu besichtigen.

Die Autoren benennen noch einen, den wichtigsten Widerspruch der Allgemeinen Theorie; Arbeitslosigkeit muss nicht durch Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zustande kommen, sondern kann auch durch einen Mangel an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage entstehen. Bei angeblichen Keynes-Jüngern wird aus Letzterem dann ein Dogma und ein absolutes Muss; d.h. gesamtwirtschaftliche Nachfrageschwäche wird die einzige und ausschließliche Ursache der Arbeitslosigkeit. Obwohl Bontrup und Marquardt rügen, Arbeitsmärkte würden als isolierter Mikrokosmos betrachtet, nehmen sie gleich darauf an, dass der zum Gleichgewicht führende Anpassungsmechanismus von Angebot und Nachfrage zwar auf Gütermärkten, nicht aber auf Arbeitsmärkten wirksam sei. Sie selber betrachten also Arbeitsmärkte als isoliertes Phänomen und nehmen an, auf Gütermärkten sorgten abstrakte Marktmechanismen für Gleich-

gewichtspreise. Des weiteren nehmen sie an, dass Preise bedingt durch vermachtete Märkte inflexibel seien. In der gesamtwirtschaftlichen Realität sind Arbeitsmärkte ebenso abgeschlossen, protektioniert und wenn man so will, vermachtet wie andere Märkte auch. Löhne sind in der wirtschaftlichen Realität das Gleiche wie Preise und nach unten ebenso inflexibel. In der wirtschaftlichen Realität werden auch kaum „überschüssige“ Arbeitskräfte aufgrund von Produktionsrückgang entlassen, sondern nachrückende Arbeitskräfte finden deshalb keine Arbeit, weil Arbeitsplätze wegen Insolvenzen verschwunden sind oder zusätzliche Arbeitsplätze eher Verluste als Gewinne schaffen würden. Das gilt nicht nur für Arbeitsplätze im privaten Bereich, sondern auch für solche im öffentlichen und kommunalen Sektor.

Wie inkonsistent der theoretische Ansatz der Autoren ist, zeigt sich auch bei der Behandlung ihres eigentlichen Themas, der Be- oder Verurteilung der Hartz-Kommission als marktradikaler Heilsbeter. Es mag allerdings sein, dass diese Sprachregelung weder in die höchsten Spitzen noch in die letzten Winkel des DGB vorgedrungen ist, denn noch vor kurzem hat der DGB-Vorsitzende Sommer die Ergebnisse der Hartz-Kommission gelobt und dabei besonders die Mitwirkung des DGB und der Einzelgewerkschaften in der Kommission unterstrichen. Sind der DGB-Vorsitzende und andere Gewerkschaftsfunktionäre nun neurotische Marktradikale? Mitnichten; es ist eher ein Symptom dafür, dass sich seit der Einverleibung der Allgemeinen Theorie, aber spätestens seit 1990 radikale Staatsinterventionisten in ihrer eigenen Weltanschauung und ihrem Kommunikationssystem nicht mehr zurecht finden. Klar ist nur soviel: Selbst eine maßstabsgetreue Umsetzung des Hartz-Konzeptes wird die im vergangenen Winter auf eine neue Rekordmarke gestiegene Arbeitslosigkeit nicht in nennenswertem Maße abbauen. Aber auch die Lohnfrage bzw. die Verteilungsfrage, die ebenfalls seit über fünfzig Jahren gestellt wird und seit dieser Zeit mit der Frage der Arbeitszeitverkürzung einher geht, wird dieses Problem nicht lösen. Die Verteilungsfrage ist noch nie allein durch die Kampfkraft der Gewerkschaften beantwortet worden, sondern die Marktmacht der Unternehmen und ihrer Beschäftigten.

*Otto Sundt,
Wolfsburg*